

Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 27.02.2018

Öffentlich

3.1	Benennung im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration	ungeändert beschlossen
	Antrag der CDU-Fraktion	
	Drucksache: 20-5478	

Sachverhalt:

Die CDU-Bezirksfraktion

benennt für den **Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration**

Justus Schott

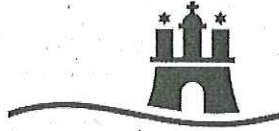
als ständiger Vertreter.

Petition/Beschluss:

Um Kenntnisnahme und Zustimmung wird gebeten.

Dr. Andreas Schott
Fraktionsvorsitzender

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 27.02.2018

Öffentlich

4.1	Interfraktioneller Antrag des Jugendhilfeausschusses Hamburg-Nord an den Hamburger Senat: Rahmenzuweisungen für den Bezirk Hamburg-Nord im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe im Haushalt 2019/20 deutlich erhöhen! Drucksache: 20-5473	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Die Rahmenzuweisungen für den Bereich Kinder-, Jugend- und Familienhilfe (OKJA, FamFö und SAE) ist seit Jahren nicht auskömmlich, d.h. die Angebote in den bestehenden Einrichtungen im Bezirk Hamburg-Nord konnten mit den zugewiesenen Geldern seit 2012 nicht mehr bedarfsgerecht gedeckt werden. Die damals beschlossene Schuldenbremse und die einmalige Kürzung um 10% haben seitdem eine Unterdeckung von ca. 350.000 Euro jährlich im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe hinterlassen. Diese Finanzierungslücke taucht jedes Jahr wieder auf und konnte in den letzten Jahren zwar kreativ, aber nur notdürftig mit Umschichtungen und durch Restmittel gedeckt werden. Für den Haushalt 2018 konnte nach Anwendung aller bisherigen Möglichkeiten das Defizit von 120.000 Euro nur ausgeglichen werden, weil ein Träger sein Angebot Ende 2017 beendete und zwei weitere Trägerangebote in den Quartiersfonds umgesteuert wurden.

Aufgrund der bisherigen Bedarfsentwicklung in den oben genannten Bereichen würde sich bei gleichbleibender Höhe der Rahmenzuweisung aktuell ein Defizit in Höhe von 285.473,00 Euro für 2019 und 365.917,00 Euro für 2020 ergeben. Die Mehrbedarfe ergeben sich aus dem Bestand der Einrichtungen (Regelbetrieb) und deren Tarif- bzw. Betriebskostensteigerungen (jeweils 3%).

Zusätzliche Mehrbedarfe ergeben sich durch eine erhöhte Bevölkerungsentwicklung in Hamburg-Nord, Wohnungsneubau und infrastrukturellen Ausbau neuer Quartiere (z.B. UPW Ohkamp) sowie durch spezielle Maßnahmen der Integration. Für die Integrationsmaßnahmen im Umfeld der Unterkünfte und im erweiterten Umfeld, also in den Quartieren, standen dem Bezirk 579.750,00 Euro aus einer gesonderten Zuwendung der BASFI, auf das Jahr 2017 hochgerechnet, zur Verfügung. Diese Mittel sind auch in der Zukunft notwendig, damit die erfolgreich implementierten Projekte, gerade bei der aufsuchenden Jugendhilfe, fortgeführt werden können.

Die Folge dieser chronischen Unterfinanzierung führt zunehmend zu einer Verknappung der Angebote und zu einer Unterversorgung der Kinder, Jugendlichen und Familien in unserem Bezirk. Die gute integrative und inklusive Arbeit der Träger in den Stadtteilen ist so nicht im bestehenden Umfang aufrechtzuerhalten. Die gewachsenen Aufgaben müssen aber in Zukunft auskömmlich regelfinanziert werden und die wachsenden Bevölkerungszahlen,

Integrationsaufgaben sowie die Tarifsteigerungen und gestiegenen Verbraucherpreise in den Zuwendungen dauerhaft berücksichtigt werden. Eine verlässliche Finanzierung im Kinder-, Jugend- und Familienbereich ist unerlässlich, um auch die gesetzlichen Aufgaben für alle Zielgruppen in diesem Bereich angemessen zu erfüllen.

Petition/Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss des Bezirkes Hamburg-Nord fordert den Hamburger Senat auf, die Rahmenzuweisungen im Bereich Kinder-, Jugend- und Familienhilfe (OKJA, FamFö und SAE) für den Doppelhaushalt 2019/2020 deutlich zu erhöhen, und zwar um mindestens 1.300.000 Euro, um eine gute integrative und inklusive Arbeit zu leisten und diese entsprechend der veränderten Struktur des Bezirkes weiterzuentwickeln, vorhandene Angebote zu stärken und neue Projekte auszubauen. Es muss weiter sichergestellt werden, dass die Zuwendungen aus der Mehrbedarfsdrucksache Flüchtlinge, die Mittel für sozialräumliche Integrationsnetzwerke und für die Integration von Geflüchteten Jugendlichen in die OKJA in Höhe von insgesamt 579.750,00 Euro (Ansatz Haushalt 2017), in den Doppelhaushalt 2019/2020 in Höhe von insgesamt 1.159.500,00 Euro eingestellt werden und dem Bezirk Hamburg-Nord wieder zur Verfügung stehen.

SPD Fraktion

Angelika Bester
Alexander Kleinow
Thomas Kegat

Grüne Fraktion

Michael Schilf
Alske Freter

Die Linke Fraktion

Karin Haas

CDU Fraktion

Philipp Kroll
Sofie Ebdrup
Tore Voet van Vormizeele

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 27.02.2018

Öffentlich

5.1	Sportangebote für Flüchtlinge Drucksache: 20-5402	ungeändert beschlossen
-----	--	------------------------

Sachverhalt:

Der KinderSpassVerein Hamburg e.V. will „Ferien-Sportprogramme für schulpflichtige Kinder und Jugendliche in der Wohnunterkunft Opitzstraße“ anbieten.

Hierfür werden Mittel in Höhe von 1.180 € beantragt.

Das Bezirksamt nimmt hierzu wie folgt Stellung:

Der Antrag entspricht den Kriterien des Sportfonds und wird vom Bezirksamt befürwortet.

Petition/Beschluss:

Um Beratung und Entscheidung wird gebeten.

Harald Rösler

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT
der Sitzung des Hauptausschusses
vom 27.02.2018

Öffentlich

5.2	Rahmenzuweisungen (2019/2020) Drucksache: 20-5111	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Gemäß § 37 Abs. 3 BezVG werden die Rahmenzuweisungen vom Senat nach Stellungnahme der Bezirksversammlungen (und der Bezirksamtsleitungen) im Haushaltsplan-Entwurf auf die Bezirksämter verteilt.

Dies bedeutet, dass die Bezirksversammlung zu den Schlüsseln, nach denen die Rahmenzuweisungen auf die Bezirksämter verteilt werden, Stellung nehmen soll, nicht aber zur Höhe der einzelnen Rahmenzuweisungen (Ansätze 2019/2020). Natürlich steht es der Bezirksversammlung frei, dennoch auch auf die vorläufigen Ansätze einzugehen.

Zum jetzigen Zeitpunkt haben aber noch nicht alle Fachbehörden endgültige bzw. vorläufige Zahlen geliefert, da die fachlichen Vorabstimmungen und das Eckwerteverfahren noch nicht abgeschlossen sind. Insbesondere die Ansätze der BASFI stehen noch nicht fest. Die Fachbehörden haben hierauf in den beigefügten jeweiligen Anschreiben hingewiesen.

Zu den Rahmenzuweisungen (RZ) nachfolgend aufgeführter Fachbehörden haben die Fachbereiche bereits den Schlüsseln (nicht den Ansätzen!) zugestimmt (entsprechende Stellungnahmen des Bezirksamtsleiters habe ich heute an die Fachbehörden abgesandt):

Behörde für Kultur und Medien (BKM)

RZ Stadtteilkultur (konsumtiv): Schlüssel siehe Anschreiben der BKM

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI)

RZ Offene Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit (konsumtiv)

RZ Betriebsausgaben für die Erziehung in der Familie (konsumtiv)

RZ Sozialräumliche Angebote (konsumtiv)

Als Schlüssel werden feste Prozentwerte angesetzt, die im Wesentlichen der Mittelverteilung 2008 entsprechen und seitdem fortgeschrieben werden (siehe Anschreiben der BASFI samt Anlage).

(Die investiven RZ Investitionen Kinder- und Jugendarbeit und Investitionen Erziehung in der Familie werden nach konkreten Bedarfsanmeldungen für Vorhaben der Bezirksämter nach Abstimmung verteilt.)

Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV)

RZ Gesundheitsschutz (konsumtiv): Schlüssel siehe Anschrieben der BGV

RZ Seniorenarbeit (konsumtiv): Schlüssel siehe Anschrieben der BGV

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW)

RZ Stadtplanung (konsumtiv): Schlüssel siehe beigefügte Mail der BSW samt Anlage

Die Verwaltung empfiehlt der Bezirksversammlung, den vorliegenden Schlüsseln zuzustimmen.

Der **Jugendhilfeausschuss** hat sich in seiner Sitzung am 20.12.2017 mit der Drucksache befasst und einstimmig folgenden Beschluss verabschiedet:

„Die Fraktionen und die Trägervertreter werden innerhalb der Stellungnahmefrist eine Stellungnahme erarbeiten, diese im Umlaufverfahren abstimmen, anschließend vom Hauptausschuss oder der Bezirksversammlung bestätigen lassen und dem Bezirksamt zwecks Versand an die BASFI übermitteln.“

Der **Ausschuss Bildung, Kultur und Sport** hat der Drucksache in seiner Sitzung am 19.12.2017 einstimmig, bei Enthaltung der CDU-Fraktion, zugestimmt.

Der **Stadtentwicklungsausschuss** hat der Drucksache in seiner Sitzung am 11.01.2018 einstimmig, bei Enthaltung der CDU-Fraktion und Nichtteilnahme der Fraktion DIE LINKE, zugestimmt.

Der **Ausschuss Soziales, Gesundheit und Integration** hat am 24.01.2018 einstimmig, bei Enthaltung der CDU-Fraktion, zugestimmt.

Petition/Beschluss:

Die Bezirksversammlung stimmt den vorliegenden Schlüsseln zu.

Harald Rösler

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen : SPD, GRÜNE.
Gegenstimmen : DIE LINKE
Stimmenthaltungen : CDU



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 27.02.2018

Öffentlich

5.3	Rahmenzuweisungen (2019/2020) Drucksache: 20-5170	ungeändert beschlossen
-----	--	------------------------

Sachverhalt:

Ergänzend zum Sachverhalt in der Drs. 20-5111 (TOP 10) liegt jetzt auch der mit der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI) abgestimmte Schlüssel vor (siehe Anlagen).

Die BWVI hat die bisherigen konsumtiven und investiven Rahmenzuweisungen (Betriebsausgaben Straße, Straßenbegleitgrün, Neu- und Grundinstandsetzung Straße, Erschließung, Neu- und Ausbau Straße) und die konsumtive und investive Zweckzuweisung Erhaltungsmanagement Straße zusammengefasst und im Verhältnis 70 % konsumtiv und 30 % investiv zwei neue Rahmenzuweisungen Straßenwesen ausgebracht. Nach intensiver Abstimmung stimmen die Bezirke dieser Maßnahme und dem am 21.11. festgelegten Schlüssel zu.

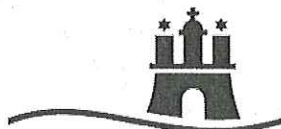
Petition/Beschluss:

Die Verwaltung empfiehlt der Bezirksversammlung, auch diesem Schlüssel zuzustimmen.

Harald Rösler

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen : SPD, GRÜNE
Gegenstimmen : DIE LINKE
Stimmenthaltungen : CDU



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 27.02.2018

Öffentlich

5.4	Rahmenzuweisungen (2019/2020) Drucksache: 20-5398	ungeändert beschlossen
-----	--	------------------------

Sachverhalt:

Die bisherigen konsumtiven Rahmenzuweisungen (RZ) „Betrieb Gewässer MR“ (bisher N: 175 Tsd. EUR) und „Kl. wasserwirtschaftliche Baumaßnahmen“ (bisher N: 36 Tsd. EUR) werden zusammengelegt. Als Schlüssel wurde die zusammengefasste prozentuale Aufteilung der bisher zwei RZ herangezogen. Daraus ergibt sich für Hamburg-Nord ein Anteil in Höhe von 7,31 % an der neuen RZ.

Die investive RZ „Auszahlungen kleine wasserwirtschaftliche Baumaßnahmen“ (bisher Anteil N: 36 Tsd. EUR) bleibt unverändert. Der Anteil von Hamburg-Nord beträgt 7,20 %.

Die konsumtive RZ „Naturschutz“ (bisher N: 11 Tsd. EUR) bleibt unverändert. Der Anteil von Hamburg-Nord beträgt 12,22 %.

Die investive RZ „Auszahlungen öffentliche Grünanlagen (bisher N: 122 Tsd. EUR) bleibt unverändert. Der Anteil von Hamburg-Nord beträgt 12,59 %.

Bei der konsumtiven RZ „Grün MR“ (bisher N: 2.859 Tsd. EUR) soll das sogenannte Koffermodell eingeführt werden. Es ist eine neue Struktur der Pflege- und Unterhaltungsmaßnahmen vorgesehen, in der neben der neuen „RZ Pflege und Unterhaltung Grün“ die Bereiche Friedhöfe (nicht in N) und Straßenbäume (bisheriger Anteil in N: 555 Tsd. EUR €) zukünftig nicht mehr als Bestandteil der RZ, sondern als Zentrale Programme veranschlagt werden. Das Volumen der RZ verringert sich entsprechend. Im Gegenzug soll die neue RZ um insgesamt 500 Tsd. EUR gegenüber 2018 aufgestockt werden, so dass sich aufgrund des für Hamburg-Nord günstigen neuen Schlüssels zukünftig ein Anteil von 2.517 Tsd. EUR (19,20 %) ergeben würde (siehe Anlage). Dies entspricht einer Erhöhung um 213 Tsd. EUR, womit Hamburg-Nord den größten Anteil an den zusätzlichen 500 Tsd. EUR erhält.

Die BUE erklärt, dass unabhängig von der Neustrukturierung der bisher in der RZ gefassten Finanzierungserfordernisse für Grundinstandsetzungsmittel für Spielplätze ebenfalls ein Zentrales Programm geschaffen werden soll (siehe Drs. 21-11673).

Durch die geplante Neustrukturierung entscheidet die Bezirksversammlung gem. § 36 Bezirksverwaltungsgesetz (BezVG) allerdings in der Folge ausschließlich über den Mitteleinsatz im Bereich Pflege und Unterhaltung Grün (inkl. Unterhaltung und Pflege der Spielplätze). Im Zuge der Überführung des Bereichs Straßenbäume in ein zentrales

Programm steht der Bezirksversammlung kein direktes Mitspracherecht mehr zu. Eine Schwerpunktsetzung des Bezirksamtes innerhalb zwischen den Unterhaltungsmitteln der neuen RZ und den Mittel für Straßenbäume ist daher nicht mehr möglich, ebenso die Möglichkeit von Ausgleichen/Mittelverschiebungen unter den beiden Bereichen. Die Vorgaben erfolgen dann von der Fachbehörde über die Ausgestaltung des zentralen Programms.

Petition/Beschluss:

Die Bezirksversammlung wird um Stellungnahme gebeten.

Harald Rösler

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen	: SPD; GRÜNE
Gegenstimmen	: DIE LINKE
Stimmenthaltungen	: CDU



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT
der Sitzung des Hauptausschusses
vom 27.02.2018

Öffentlich

5.5	Sportangebote für Flüchtlinge Drucksache: 20-5436	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Die Hamburger Turngesellschaft Barmbeck-Uhlenhorst will ein Sportangebot für Geflüchtete anbieten.

Hierfür werden Mittel in Höhe von 9.676 € beantragt.

Das Bezirksamt nimmt hierzu wie folgt Stellung:

Der Antrag entspricht den Kriterien des Sportfonds. Das anspruchsvolle Projekt, das in 2017 begonnen wurde, ist anscheinend gut angelaufen und soll nun für die Spielsaison 2018/2019 fortgeführt werden. Bei der beantragten Summe handelt es sich um einen Höchstbetrag. Über die Verwendungsnachweisprüfung des Bezirksamtes werden letztlich nur die tatsächlich angefallenen Ausgaben erstattet.

Petitem/Beschluss:

Um Beratung und Entscheidung wird gebeten.

Harald Rösler

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT
der Sitzung des Hauptausschusses
vom 27.02.2018

Öffentlich

5.6	Sportangebote für Flüchtlinge Drucksache: 20-5475	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Die Evangelische Jugend Alsterbund will ein Sportangebot für Geflüchtete Kinder und Jugendliche anbieten.

Hierfür werden Mittel in Höhe von 250 € beantragt.

Das Bezirksamt nimmt hierzu wie folgt Stellung:

Der Antrag entspricht den Zielen des Sportfonds der Bezirksversammlung. Eine Bewilligung wird daher befürwortet. Hervorzuheben ist hier der Ansatz Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund zusammenzubringen.

Petition/Beschluss:

Um Beratung und Entscheidung wird gebeten.

Harald Rösler

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 27.02.2018

Öffentlich

7.1	Umgestaltung des Eppendorfer Marktplatzes Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude Drucksache: 20-5413	ungeändert beschlossen
------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude hat sich in seiner Sitzung am 12.02.2018 mit dem o.g. Thema befasst und einstimmig die folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude spricht sich dafür aus, die Stellungnahme der Bürgerinnen und Bürger an den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer als Planungsbehörde weiterzuleiten.“

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT
der Sitzung des Hauptausschusses
vom 27.02.2018

Öffentlich

7.2	Gefahrenpunkt für Fußgänger und Radfahrende beseitigen Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude Drucksache: 20-5415	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude hat sich in seiner Sitzung am 12.02.2018 mit dem o.g. Thema auf Grundlage eines gemeinsamen Antrages der SPD- und Grüne-Fraktion befasst und einstimmig die folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

- „1. Die Benutzungspflicht des Radfahrstreifens in der Klärchenstraße im Abschnitt zwischen Sierichstraße und Willistraße wird aufgehoben und die Einbahnstraße für den Radverkehr in beiden Richtungen freigegeben. Darüber hinaus wird ein Hinweisschild für die Nutzerinnen und Nutzer der Einbahnstraße aufgestellt, dass mit Gegenverkehr zu rechnen ist.
2. Der Bauherr wird aufgefordert, in seinem Baustellenbereich einen verkehrssicheren Zustand herzustellen.“

Begründung:

Die Klärchenstraße ist eine von Radfahrenden häufig genutzte Verbindung zwischen Winterhude und Eppendorf. In dem Abschnitt zwischen Sierichstraße und Willistraße ist die Klärchenstraße eine Einbahnstraße in eben dieser Richtung (Ost-West). Radfahrenden ist es erlaubt, entgegen der Einbahnstraße zu fahren; hierfür ist ein benutzungspflichtiger Radfahrstreifen am südlichen Fahrbahnrand aufgebracht.

Seit geraumer Zeit ist auf einem der ersten Grundstücke auf der südlichen Seite eine Baustelle eingerichtet. Die Baustelle umfasst auch den Gehweg; die Bauzäune stehen bis an den Rand des Radfahrstreifens. Da der Gehweg für Fußgänger nicht passierbar ist, werden diese in Höhe der Baustelle auf den Radfahrstreifen geleitet. Die Fußgänger teilen sich dort somit die Verkehrsfläche mit den Radfahrenden. Dies führt zu Konflikten und gefährlichen Situationen, zumal hinzukommt, dass die Fußelemente der Bauzäune und auch die Verkehrsschilder in den Radfahrstreifen hineinragen.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 27.02.2018

Öffentlich

7.3	Barrierefreiheit für Informationstafeln im öffentlichen Raum Beschlussempfehlung des Ausschusses Bildung, Kultur und Sport Drucksache: 20-5455	ungeändert beschlossen
------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Ausschuss Bildung, Kultur und Sport hat sich in seiner Sitzung am 20.02.2018 auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages der SPD- und GRÜNE-Fraktion mit o.g. Thematik befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Vor diesem Hintergrund möchte der Ausschuss Bildung, Kultur, Sport die Vorsitzende der Bezirksversammlung bitten, das Bezirksamt prüfen zu lassen, ob

- eine Nach- oder Umrüstung der vorhandenen Tafeln am Südring, sowie weiterer Informationstafeln auf öffentlichen Grund möglich ist, so dass auch Menschen im Rollstuhl diese problemloser Lesen können
- bei Neugestaltung und Aufstellung von Informationstafeln auf öffentlichem Grund eine größere Barrierefreiheit (u.a. Höhe der Tafel, Größe der Schrift, Leichte Sprache) gewährleistet werden kann.“

Begründung

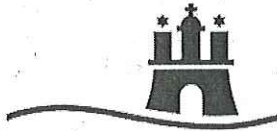
Am Freitag den 16. Februar 2018 wurden die von der Bezirksversammlung finanzierten Informationstafeln zu den Zwangsarbeiterlagern im Stadtpark am Südring vor den Elbwerkstätten aufgestellt.

Inhaltlich und gestalterisch hat die Geschichtswerkstatt eine hervorragende Arbeit geleistet, allerdings wurde vor Ort von Teilnehmenden der Einweihung darauf hingewiesen, dass diese Tafeln für Menschen mit Behinderung aufgrund der Bauart und in Teilen des Inhaltes schwer lesbar sind.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 27.02.2018

Öffentlich

7.4	Projektmittel der Stadtteilkultur Beschlussempfehlung des Ausschusses Bildung, Kultur und Sport Drucksache: 20-5457	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Ausschuss Bildung, Kultur und Sport hat sich in seiner Sitzung am 20.02.2018 mit Projektmitteleinträgen befasst und folgende Beschlussempfehlungen verabschiedet:

1. Drucksache 20-5393

Antragsteller/in: Kommunal-Verein von 1889 in Groß Borstel r.V.
Projekt: KuKuK - Kultur und Kurzweil für Kinder in Groß Borstel
Höhe der beschlossenen Förderung: 1 800,00 €
Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung
Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

2. Drucksache 20-5396

Antragsteller/in: GitarreHamburg.de gGmbH
Projekt: 8. Hamburger Gitarrenfestival
Höhe der beschlossenen Förderung: 8 000,00 €
Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung
Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen (bei Enthaltung der CDU-Fraktion)

3. Drucksache 20-5405

Antragsteller/in: KulturKleinBorstel
Projekt: Kulturkapelle 6
Höhe der beschlossenen Förderung: 5 997,00 €
Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung
Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

4. Drucksache 20-5397

Antragsteller/in: Britta Tensfeld-Pauls
Projekt: Dulsberger Mairauschen 2018
Höhe der beschlossenen Förderung: 600,00 €
Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung
Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

5. Drucksache 20-5404

Antragsteller/in: Roland Prakken
Projekt: „Ukulele Spring Break“ im Bürgerhaus Barmbek
Höhe der beschlossenen Förderung: 1 350,00 €
Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung
Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

6. Drucksache 20-5406
Antragsteller/in: Feine Künste
Projekt: Theaterstück „Alles inklusive“
Höhe der beschlossenen Förderung: 6 188,00 €
Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung
Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen (bei Enthaltung der CDU-Fraktion)

Petition/Beschluss:

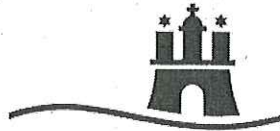
Der Hauptausschuss folgt den Beschlussempfehlungen

Abstimmungsergebnis:

Nummern 1., 3.,4. und 5.
Einstimmig beschlossen

Nummern 2. und 6.
Einstimmig beschlossen

Für-Stimmen : SPD, GRÜNE, DIE LINKE
Gegenstimmen :
Stimmenthaltungen : CDU



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT
der Sitzung des Hauptausschusses
vom 27.02.2018

Öffentlich

7.5	Mittel aus dem Integrationsfonds Kultur Beschlussempfehlung des Ausschusses Bildung, Kultur und Sport Drucksache: 20-5458	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Ausschuss Bildung, Kultur und Sport hat sich in seiner Sitzung am 20.02.2018 mit Anträgen auf Projektmittel des Integrationsfonds Kultur befasst und folgende Beschlussempfehlungen verabschiedet:

1. Drucksache 20-5395

Antragsteller/in: Kulturhaus Eppendorf

Projekt: Taste my world - the world at one table (food and art)

Höhe der beschlossenen Förderung: 1 450,00 €

Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

2. Drucksache 20-5409

Antragsteller/in: AGNA e.V.

Projekt: NYA Award 2018 - African Achievement Award

Höhe der beschlossenen Förderung: 6 000,00 €

Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen (bei Enthaltung der CDU-Fraktion)

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt den Beschlussempfehlungen.

Abstimmungsergebnis:

1.:

Einstimmig beschlossen

2.:

Einstimmig beschlossen

Für-Stimmen : SPD, GRÜNE, DIE LINKE

Gegenstimmen :

Stimmenthaltungen : CDU



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 27.02.2018

Öffentlich

7.6	Verkehrssituation in Klein Borstel Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel Drucksache: 20-5461	ungeändert beschlossen
-----	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel hat sich in seiner Sitzung am 19.02.2018 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines Antrages der CDU-Fraktion sowie eines Alternativantrages der SPD- und GRÜNE-Fraktion befasst und mehrheitlich bei Gegenstimmen der CDU-Fraktion folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Der Ausschussdienst wird gebeten, mit dem zuständigen Polizeikommissariat und unter Einbeziehung eines Vertreters der AG Verkehr der Albert-Schweitzer-Schule einen Ortstermin zum Thema Verkehrssituation im Schluchtweg/Stübeheide zu vereinbaren, an dem neben interessierten Bürgerinnen und Bürgern auch Mitglieder des Regionalausschusses teilnehmen können.“

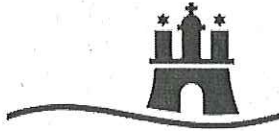
Petitum/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen : SPD, GRÜNE, DIE LINKE
Gegenstimmen : CDU
Stimmenthaltungen :



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 27.02.2018

Öffentlich

7.7	Natürlich Hamburg- Hamburgs Naturschutzgroßprojekt im Bezirk vorstellen! Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Verbraucherschutz Drucksache: 20-5462	ungeändert beschlossen
-----	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Verbraucherschutz hat sich in seiner Sitzung am 21.02.2018 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages der SPD- und GRÜNE-Fraktion befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Zu einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses wird eine Vertreterin oder ein Vertreter der zuständigen Fachbehörde eingeladen, um das mit Bundesmitteln geförderte Projekt „Natürlich Hamburg“ vorzustellen. Dabei soll besonders auf die den Bezirk betreffenden Ideen eingegangen werden.“

Begründung:

Ende November wurde bekannt, dass es der Behörde für Umwelt und Energie erfreulicherweise gelungen ist, vom Bund den Zuschlag für die erste Phase eines umfangreichen Naturschutzprojektes in Hamburg zu erhalten [1]. Ziele sind dabei mehr biologische Vielfalt in Parks und Naturschutzgebieten und mehr Erholungswert für die Bürgerinnen und Bürger. Zunächst gibt der Bund dafür 2,1 Mio. Euro, insgesamt hat das Projekt in beiden Phasen zusammen ein Volumen von 22 Mio. Euro. Konkrete Maßnahmen soll es offenbar z.B. im Stadtpark, an der Alster, in Eppendorfer und Raakmoor sowie an der Magistrale Hamburger Straße geben. Das bietet für Natur und Erholung in Hamburg-Nord große Chancen. Hierfür wird nicht nur mit dem Bezirksamt, sondern auch mit der Bezirkspolitik eine enge Zusammenarbeit notwendig sein. Um bereits jetzt die Bezirkspolitik mit dem Vorhaben und speziell den Aspekten, die den Bezirk Nord betreffen, vertraut zu machen, ist es sinnvoll, den aktuellen Stand im Umweltausschuss vorstellen zu lassen.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT
der Sitzung des Hauptausschusses
vom 27.02.2018

Öffentlich

7.9	Referentenanforderung zum Thema Luftschadstoffmessung Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Verbraucherschutz Drucksache: 20-5470	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Verbraucherschutz hat sich in seiner Sitzung am 21.02.2018 mit o.g. Thematik auf der Grundlage einer Antwort der Behörde für Umwelt und Energie befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

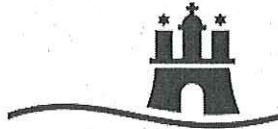
„Der Ausschuss lädt eine Vertreterin oder einen Vertreter der zuständigen Behörde für Umwelt und Energie sowie des Unternehmens Breeze Technologies in eine der nächsten Sitzungen zum fachlichen Austausch über das Thema Luftschadstoffmessung - auch mittels der von Breeze Technologies angebotenen Geräte - ein. Dabei sollen unter anderem folgenden Fragen erörtert werden:

1. Auf welcher rechtlichen Grundlage und nach welchen fachlichen Standards (z. B. bezüglich Ort, Frequenz, Qualität der Messungen etc.) erfolgt in Hamburg die Messung von Luftschadstoffen?
2. Welche fachlichen Standards gelten für die von Breeze Technologies angebotenen bzw. verwendeten Geräte?
3. Sind die fachlichen Standards bzw. Messergebnisse zu 1. und zu 2. vergleichbar?
4. Welchen Nutzen hätten Daten, die durch Breeze Technologies bzw. durch deren Geräte über die Messergebnisse zu 1. hinaus erhoben werden, für die Anstrengungen zur Luftreinhaltung in Hamburg?
5. Wie müssten die zu 4. beschriebenen Messungen gestaltet sein, um für die Hamburger Luftreinhaltungsaktivitäten einen Zusatznutzen darzustellen?“

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 27.02.2018

Öffentlich

7.10	Bebauungsplan-Entwürfe Uhlenhorst 1, Uhlenhorst 17 und Hohenfelde 10 Kenntnisnahme der öffentlichen Auslegung durch den StekA Drucksache: 20-5467	ungeändert beschlossen
-------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Stadtentwicklungsausschuss hat sich in seiner Sitzung am 22.02.2018 mit den o.g. drei Bebauungsplan-Entwürfen befasst und von deren öffentlicher Auslegung Kenntnis genommen:

- Bebauungsplan-Entwurf Uhlenhorst 1 (Schenkendorfstraße)
Drs. 20-5421
- Bebauungsplan-Entwurf Uhlenhorst 17 (Oberaltenallee)
Drs. 5422
- Bebauungsplan-Entwurf Hohenfelde 10 (Alster-Gate)
Drs. 20-5423

Petition/Beschluss:

Um Kenntnisnahme wird gebeten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen und zur Kenntnis genommen.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT
der Sitzung des Hauptausschusses
vom 27.02.2018

Öffentlich

7.11	Carsharing-Initiative Friedrichsbergpark-Quartier unterstützen! Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg Drucksache: 20-5477	ungeändert beschlossen
------	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am 26.02.2018 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages der SPD- und GRÜNE-Fraktion befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

1. „Der Regionalausschuss begrüßt die lobenswerte Initiative vieler Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers am Friedrichsberger Park, dort eine Carsharing-Station einzurichten.
2. Der Ausschuss bittet das Bezirksamt, den vorliegenden und für die Einrichtung eines solchen Stellplatzes notwendigen Sondernutzungsantrag zügig und wohlwollend zu prüfen.“

Begründung:

In einer Eingabe bittet eine Gruppe von Anwohnerinnen und Anwohnern rund um Erika-Mann-Bogen und Elfriede-Lohse-Wächtler-Weg in Barmbek-Süd um politische Unterstützung für einen Carsharing-Standort. Dabei soll gut sichtbar im öffentlichen Raum ein Stellplatz für ein Carsharing-Fahrzeug gewidmet werden, das dann wie alle derartigen Fahrzeuge den Kunden des entsprechenden Anbieters zur Verfügung steht. 158 Nachbarinnen und Nachbarn haben mit ihrer Unterschrift erklärt, dass sie dies befürworten.

Mittlerweile hat der Anbieter cambio einen Antrag auf Sondernutzung für einen Stellplatz im Bereich Erika-Mann-Bogen gestellt.

Da stationäres Carsharing großes Potenzial zur Reduzierung privater Kfz bietet, ist die Initiative der Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers am Friedrichsberger Park sehr zu begrüßen.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen